



HESSISCHER LANDTAG

25. 03. 2014

ULA

Berichts Antrag der Abg. Siebel, Gremmels, Löber, Lotz, Müller (Schwalmstadt), Schmitt, Warnecke (SPD) und Fraktion betreffend Mietpreisbremse

Im Koalitionsvertrag, der Basis für die Arbeit der deutschen Bundesregierung ist, ist unter anderem die Einführung einer Mietpreisbremse angelegt. Damit soll in Kommunen mit einem hohen Bedarf an preiswertem Wohnraum dämpfend auf die Mietpreisentwicklung eingewirkt werden.

Auch in der letzten Landesregierung wurden Überlegungen angestellt, auf der Basis des in Hessen bestehenden Wohnraumfördergesetzes eine regionale Mietpreisbremse einzuführen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ULA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie bewertet die Landesregierung generell die Einführung einer Mietpreisbremse?
2. Welche Ergebnisse hat die Befragung des Wirtschaftsministeriums aus der 18. Wahlperiode zu dieser Frage bei den Kommunen ergeben?
3. Wie wird nach Einschätzung der Landesregierung die Mietpreisbremse vom Hessischen Mieterbund und von der hessischen Wohnungswirtschaft bewertet?
4. Welche Gefahren und Risiken sieht die Landesregierung für die Wohnungswirtschaft?
5. Welche positiven Effekte erwartet die Landesregierung von der Mietpreisbremse vor dem Hintergrund der Untersuchungen des Instituts Wohnen und Umwelt?

Wiesbaden, 25. März 2014

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

**Siebel
Gremmels
Löber
Lotz
Müller (Schwalmstadt)
Schmitt
Warnecke**